



BERLIN AKTUELL

Ausgabe 160
30. Juni 2017

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

die letzte Sitzungswoche dieser Legislaturperiode ist turbulent verlaufen und hat noch einmal Gesetze mit großer Tragweite zum Inhalt gehabt: Zu nennen sind hier u.a. die neuen Strafregelungen bei Raserei und illegalen Autorennen sowie die höheren Strafen für Einbrecher. Dass die SPD die Abstimmung zum Thema „Ehe für alle“ auf die Tagesordnung gesetzt hat, steht noch einmal auf einem anderen Blatt.

Fest steht, dass die Zusammenarbeit dieser Koalition an ihrem Ende angelangt ist. Der Wahlkampf hat die Debatten dieser Woche deutlich geprägt. Dies wird sich in den kommenden Wochen bis zur Wahl fortsetzen.

Während auch in meinem Team die Vorbereitungen für die heiße Wahlkampfzeit auf Hochtouren laufen, wünsche ich Ihnen zunächst einen schönen Start in die Ferien- und Urlaubszeit! Ich hoffe, Sie finden Ruhe und Erholung.

Ich selbst werde in den kommenden Wochen im Wahlkreis und in Rheinland-Pfalz unterwegs sein und freue mich darauf, Sie bei der einen oder anderen Gelegenheit zu treffen. Auf meiner Webseite finden Sie aktuelle Hinweise zu bevorstehenden Terminen und Aktionen. Und auch auf diesem Wege werde ich Sie zwischendurch über aktuelle Themen informieren.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

GESELLSCHAFT

Patrick Schnieder gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften

Was wir in dieser Woche im Deutschen Bundestag erlebt haben, war wie eine warnende Vorschau auf ein mögliches rot-rot-grünes Koalitionsbündnis. In einem beispiellosen Hauruckverfahren haben SPD, Grüne und Linke einen Gesetzentwurf für die sogenannte „Ehe für alle“ auf die Agenda gesetzt. Der Ablauf dieses Verfahrens beschreibt einen dermaßen schlechten politischen Stil, dass man sich nicht vorstellen möchte, was Deutschland unter einer solchen Koalition blühen würde.

Meine Einschätzung zum Verfahren der SPD finden Sie im Postskriptum. An dieser Stelle widme ich mich zunächst der inhaltlichen Frage. Vorneweg: Ich habe gegen die „Ehe für alle“ gestimmt.

Für mich ist die Ehe eine Verbindung zwischen Mann und Frau, aus der auch Kinder hervorgehen können. Das ist das Ehebild des Grundgesetzes und meines christlich-katholischen Glaubens. Die Ehe zwischen Mann und Frau ist meines Erachtens besonders schutzwürdig und nicht gleichzusetzen mit einer Partnerschaft zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern.

Gleichgeschlechtliche Paare, die füreinander Verantwortung übernehmen, haben meine Anerkennung und meinen Respekt und ebenso Anspruch auf staatlichen Schutz. Diese Partnerschaften unterscheiden sich aber in dem we-

sentlichen Aspekt, dass ihnen die Weitergabe des Lebens verschlossen ist. Es gibt keine Notwendigkeit, ungleiche Lebensformen wie die Ehe und die gleichgeschlechtliche Partnerschaft absolut gleich zu behandeln oder als gleich zu bezeichnen.

Auch aus juristischer Sicht ist der Gesetzentwurf der SPD mangelhaft. Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Urteilen erklärt, die Verschiedengeschlechtlichkeit der Partner sei ein Wesensmerkmal der Ehe. Diese Aussage des Bundesverfassungsgerichts kann nicht einfach übergangen oder ignoriert werden. Es hätte zuvor einer gründlichen, juristischen Einschätzung bedurft, welche Konsequenz sich mit Blick auf das Grundgesetz ergibt.



Zu Beginn der Woche war Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Gast im Kardinal-Höfner-Kreis, einem Zusammenschluss katholischer Abgeordneter, Unternehmer und Wissenschaftler. Auch in dieser Runde wurde das Thema diskutiert.

VERKEHR

Gesetz gegen illegale Rennen auf der Zielgeraden

Als Reaktion auf die steigende Anzahl nicht genehmigter Autorennen auf deutschen Straßen haben wir in dieser Woche einen Gesetzentwurf zur Verschärfung der Rechtslage auf den Weg gebracht. Dem Gesetzentwurf ging eine einjährige Debatte voraus, die im Mai des vergangenen Jahres durch meinen Kommentar in der BILD-Zeitung angestoßen wurde.

Das Jahr 2016 war auf deutschen Straßen von einer Vielzahl schockierender Unfälle im Zusammenhang mit illegalen Autorennen geprägt, denen nicht weniger schockierende Urteile folgten. In etlichen Fällen haben Fahrer, die sich Wettrennen durch deutsche Innenstädte geliefert und dabei Unbeteiligte getötet hatten, den Gerichtssaal mit Bewährungsstrafen verlassen. Solche Urteile sind für die Allgemeinheit nicht mehr nachvollziehbar. Es war überfällig, die rechtlichen Zügel an dieser Stelle anzuziehen.

Bislang wurde die Teilnahme an einem illegalen Autorennen als Ordnungswidrigkeit geahndet. Der jetzt verabschiedete Gesetzentwurf stuft bereits die Teilnahme als eine Straftat ein. Die

geahndet werden. Der Gesetzentwurf schlägt für diese Fälle eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vor.

Meine wesentlichen Forderungen sind im Gesetzentwurf enthalten. Angesichts des ungeheuren Leids, das den Opfern und ihren Angehörigen verursacht wird, und der Tatsache, dass sich viele Urteile der vergangenen Jahre am unteren Ende des Strafrahmens bewegt haben, ist es angemessen, diese Straftat als Verbrechen, also mit einer Mindeststrafe ein Jahr Freiheitsentzug, einzuordnen.

Ferner sollen mit der Neuregelung eine Konfiszierung der Fahrzeuge und ein Entzug der Fahrerlaubnis möglich werden. Wer für einen Adrenalin-kick Menschenleben aufs Spiel setzt, gehört nicht an das Steuer eines Pkw. Diese Menschen müssen sprichwörtlich aus dem Verkehr gezogen werden. Der Führerschein ist kein Grundrecht für halbstarke Adrenalin-Junkies.



CDU

PATRICK SCHNIEDER

ZUM AKTUELLEN GESETZENTWURF
GEGEN ILLEGALE AUTORENNEN:

Wer für einen Adrenalin-kick Menschenleben aufs Spiel setzt, gehört nicht an das Steuer eines Pkw! Der Führerschein ist kein Grundrecht für halbstarke Adrenalin-Junkies.

körperliche Schädigung oder Tötung Dritter durch Teilnehmer illegaler Autorennen konnte bislang mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren

BERLIN I

Besucherguppe aus dem Eifelkreis in Berlin



An einer Berlinreise, die die CDU Bitburg-Prüm organisiert hat, haben etwas 50 Bürgerinnen und Bürger aus der Eifel teilgenommen. Während der mehrtätigen Tour besuchte die Gruppe auch den Deutschen Bundestag. Im Paul-Löbe-Haus führten wir ein interessantes Gespräch zu aktuellen politischen Themen auf Bundesebene und aus unserer Heimatregion.

Foto: Schnieder

BERLIN II

Blutspende im Bundestag



Foto: Schnieder

Nebenbei Leben retten? Im Bundestag war das in dieser Woche möglich, bei der Blutspendeaktion des Deutschen Roten Kreuzes. Wo Sie selbst nebenbei Leben retten können erfahren Sie unter: <http://www.drk-blutspende.de/blutspendetermine/>

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227 71883
Fax: 030/227 76240
[E-Mail](#) • [Webseite](#)
[Facebook](#) • [Twitter](#) • [Youtube](#)

BERLIN III

Landtagsfraktion in Berlin



Die CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz war in dieser Woche zu ihrer Klausurtagung in Berlin. Im Paul-Löbe-Haus haben die Landtags- und Bundestagsabgeordneten gemeinsam getagt. Thema war u.a. auch die „Ehe für alle“.



Fotos: Fraktion

POSTSKRIPTUM

P.S.: Am Rande bemerkt...

...hat die SPD in dieser Woche ihren schlechten Stil unter Beweis gestellt.

In einem Interview Anfang der Woche hat Bundeskanzlerin Angela Merkel auf die Frage nach der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geantwortet, sie wolle dieses Thema in künftigen Gesprächen zu einer Gewissensfrage machen. Was die SPD in Kooperation mit Grünen und Linken hieraus gemacht hat, ist ein Tiefpunkt parlamentarischer Zusammenarbeit.

Faktisch hat die SPD die Koalition mit CDU und CSU aufgelöst und sich mit Grünen und Linken in einem neuen Bündnis zusammengetan. Anders wäre es zur Abstimmung über den Gesetzentwurf gar nicht gekommen. In einer rot-rot-grünen Koalition wurde der Gesetzentwurf durch den Rechtsausschuss gepeitscht und für Freitag auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt.

Ein solch wichtiges Thema benötigt Zeit für Diskussion und Meinungsfindung. In den letzten Jahren haben sich immer wieder Themen herausgebildet, die im Deutschen Bundestag breit und über alle Fraktionsgrenzen hinweg diskutiert wurden. Diese Debatten waren von großem gegenseitigen Respekt und angemessenen Zeithorizonten geprägt.

Das alles ist ein massiver Vertrauensbruch durch die SPD.

Als Mitglied des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Fraktion durfte ich in diesem Jahr erneut eine Unternehmerfamilie aus dem Wahlkreis in Berlin beim Sommerfest begrüßen.

Ich habe mich sehr gefreut, dass Dr. Horst Lenz aus Winterspelt mit seiner Frau meiner Einladung gefolgt ist. Dr. Horst Lenz ist Eifeler Unternehmer und zudem Präsident der rheinland-pfälzischen Ingenieurkammer.

Beim Sommerfest des hatten wir Gelegenheit zum Austausch über Themen des Mittelstandes.

MITTELSTAND

Eifeler Unternehmer beim Sommerfest des Parlamentskreises Mittelstand

